

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:253091-2014:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Bonn: Unterstützende Dienste für die öffentliche Verwaltung
2014/S 141-253091**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Villemombler Str. 76
Kontaktstelle(n): ZA3-Beschaffungsstelle
Zu Händen von: Herrn M. Kreckel
53123 Bonn
Deutschland
Telefon: +49 228996152323
E-Mail: za3-beschaffungsstelle@bmwi.bund.de
Fax: +49 228996152450

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.bmwi.de>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Es handelt sich um ein ausschließlich elektronisches Vergabeverfahren – Alle Informationen sowie Teilnahme- und Angebotsunterlagen werden über die eVergabe-Plattform des Bundes ausgetauscht.

—
—

Deutschland

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Teilnahmeanträge und Angebote sind ausschließlich elektronisch über die eVergabe-Plattform (vgl.: www.evergabe-online.info) zu übermitteln

—
—

Deutschland

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Wirtschaft und Finanzen

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Durchführung des Bürgerdialogverfahrens „Infrastruktur für die Energiewende“.

II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 11: Unternehmensberatung [6] und verbundene Tätigkeiten

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Berlin.

NUTS-Code DE

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Ziel des Auftrags ist ein breit angelegter gesellschaftlicher Dialog mit allen Beteiligten über den für das Gelingen der Energiewende dringend erforderlichen Ausbau der Energieinfrastruktur.

Die Initiative verfolgt einen regionalen Ansatz, wonach im Fokus der Initiative Orte mit besonders hohem Konfliktpotenzial und damit besonders großem zu erwartenden Kommunikations- und Diskussionsbedarf (sog. Hotspots) stehen. Vor dem Hintergrund der regionalen und lokalen Besonderheiten können die Anforderungen an den Dialogprozess in Abhängigkeit von Art und Umfang der konkreten Maßnahme, Planungsstadium, Art und Umfang der Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sowie Aktivitäten der regionalen Akteure mit ihren jeweiligen Interessenlagen variieren. Die konkrete Situation in der jeweiligen Region erfordert maßgeschneiderte Lösungen für die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Stufen des Dialogprozesses. Darüber hinaus ist die Auswahl von Ort und Zeitpunkt der einzelnen Maßnahmen mit der Gesamtprojektplanung zu synchronisieren und in die bestehenden Dialogangebote sinnvoll zu integrieren.

Zentral ist dabei die Gestaltung eines kontinuierlichen Dialogprozesses, in dem bereits in einem frühen Stadium mögliche Konfliktpotenziale des konkreten Infrastrukturausbauvorhabens ausgelotet, geeignete Wege zur Lösung des Konflikts frühzeitig gesucht und das Ausbauvorhaben über alle Planungsstadien hinweg mit dem Ziel einer für alle Beteiligten optimalen Konfliktlösung begleitet wird. Gleichzeitig sollen die Angebote der Initiative die Aktivitäten anderer Akteure vor Ort sinnvoll ergänzen und mit den formellen Beteiligungsmöglichkeiten eng verzahnt werden. Doppelungen zu laufenden Aktivitäten sind zu vermeiden. Die detaillierte Beschreibung des Auftrags bzw. Beschaffungsvorhabens steht auf der eVergabe-Plattform zum Download zur Verfügung. Bei dieser Beschreibung handelt es sich lediglich um eine vorläufige Einschätzung der Nachfrage durch den Auftraggeber. Die im späteren Angebotsverfahren zu Grunde gelegte Leistungsbeschreibung für die Abgabe des ersten Verhandlungsangebote kann strukturell und/oder inhaltlich davon abweichen.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

75130000, 79400000, 72415000, 79416200, 90711400

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Einrichtung von Bürgerbüros an ausgewählten Standorten.

Konzeption und Ausrichtung von Bürgerdialogangeboten vor Ort.

Ergänzung der Arbeit der Bürgerbüros und der Bürgerdialogangebote durch Mediationsangebote.

Informationen und Dialogangebote via Internetpräsenz (u. a. Beteiligungsdatenbank, Factsheets, Best practice, Bürger-Online-Forum).

Begleitende Presse- und Medienarbeit.

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Die Aufgabenbeschreibung enthält optional zu kalkulierende Leistungsbestandteile.

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Zahl der möglichen Verlängerungen: 2

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Keine.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B – Fassung 2003).

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung zu Bietergemeinschaften abzugeben, die Angaben zur Rechtsform und Mitgliedern der Bietergemeinschaft, zur Aufgabenverteilung innerhalb der Bietergemeinschaft sowie zum vertretungsberechtigten Mitglied der Bietergemeinschaft enthält. Das vertretungsberechtigte Mitglied ist alleiniger Ansprechpartner für den Auftraggeber sowie Gesamtverantwortlicher für das Vorhaben und vertritt die Bietergemeinschaft rechtsverbindlich gegenüber dem Auftraggeber. Im Idealfall nimmt der Projektleiter diese Funktion wahr.

Die Rollen- bzw. Aufgabenverteilung innerhalb der Bietergemeinschaft ist im Teilnahmeantrag darzulegen. Im Falle der Auftragserteilung hat die Bietergemeinschaft für die Auftragsdurchführung eine Arbeitsgemeinschaft in der Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zu bilden, bei der jeder Gesellschafter zumindest in Höhe der gesamten Auftragssumme haftet.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Aussagekräftiges Profil des Bewerbers/Unternehmensdarstellung als Eigenerklärung, insbesondere zu Geschäftstätigkeit, Mitarbeiterzahl, Rechtsform, Gesellschafterstruktur und ggf. Konzernzugehörigkeit

(gesellschaftliche Verflechtungen, aber auch sonstige finanzielle Beteiligungen bzw. wirtschaftliche Verknüpfungen), Hauptsitz und weitere Standorte, Kompetenz- und Tätigkeitsschwerpunkte.

Mindestanforderungen:

- Mindestens einjährige Haupttätigkeit (zu mehr als 50 %) im ausgeschriebenen Tätigkeitsschwerpunkt (Dialog/Bürgerbeteiligung).
- Ausreichend Personal (mind. 10 Mitarbeiter/innen) im ausgeschriebenen Tätigkeitsschwerpunkt, damit sichergestellt ist, dass es auch bei mehreren parallel für den Auftraggeber zu realisierenden Projekten zu keinerlei Personalengpässen kommt.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: —
Eigenerklärung, dass die in § 6 EG, Abs. 4 und 6 VOL/A aufgeführten Tatbestände nicht zutreffen.

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre sowie über die Umsatzentwicklung im laufenden Geschäftsjahr, aufgeteilt nach Geschäftsfeldern.
- Eigenerklärung über das Vorliegen/die Bereitschaft zum Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung für Vermögens- und Sachschäden mit einer Mindestdeckungssumme von 500 000 EUR je Schadensereignis während des gesamten, vorgesehenen Vertragszeitraums (Nachweis mit dem Angebot bzw. vor Vertragsschluss).

Einzelheiten zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit von Bietergemeinschaften oder über Subunternehmer – siehe „Verfahrensbeschreibung für den öffentlichen Teilnahmewettbewerb“ (Download von eVergabe-Plattform).

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Detaillierte Beschreibung von folgenden Referenzaufträgen innerhalb der letzten 36 Monate vor Einreichung des Teilhmeantrags, jeweils mit Angaben zur erbrachten Leistung, Angaben zur Einordnung des jährlichen (pro Kalenderjahr, bei mehrjährigen Aufträgen ist vom Durchschnitt auszugehen) Nettoauftragsvolumens, zum Leistungszeitraum sowie zum Auftraggeber (mit Kontaktdaten) in den nachfolgenden Bereichen: (Pro Referenzliste sind höchstens 6 Referenzen anzugeben, Mehrfachnennung möglich).

- Referenzliste Bürgerdialog: Referenzen im Bereich Gestaltung und Ausführung von Bürgerdialogprozessen;
 - Referenzliste Mediation: Referenzen im Bereich Mediation oder Vermittlung von Mediationsangeboten;
 - Referenzliste Internet: Referenzen im Bereich Erstellung von Internetplattformen;
 - Referenzliste Presse/Medien: Referenzen im Bereich regionale Presse- und Medienarbeit;
- Auf die Möglichkeit, Referenzen von benannten Subunternehmern beizubringen, sofern diese sich für den Fall der Auftragserteilung bereits verbindlich verpflichtet haben, wird ausdrücklich hingewiesen.

Personalressourcen des Bewerbers.

Darstellung der Personalressourcen, insbesondere:

- Anzahl der Mitarbeiter, aufgegliedert nach Aufgabenbereichen (z. B. Projektleitung, Projektassistenz, Moderation, Beratung, Grafik, Redaktion). Dabei kann ein Mitarbeiter nur jeweils einem Aufgabenbereich zugeordnet werden;
- Qualifikation der Mitarbeiter in den jeweiligen Aufgabenbereichen und Angaben zur durchschnittlichen Berufserfahrung;
- Mitarbeiterstruktur (Anzahl feste/freie Mitarbeiter, durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der festen Mitarbeiter in Monaten);

Personalressourcen von Subunternehmern können ebenfalls aufgeführt werden, sofern diese sich für den Fall der Auftragserteilung bereits verbindlich verpflichtet haben; sie sind getrennt auszuweisen.

Weitere Einzelheiten zu Form, Ausschluss und Wertung der Teilnahmeanträge sind der „Verfahrensbeschreibung für den öffentlichen Teilnahmewettbewerb“ (Download von eVergabe-Plattform) zu entnehmen.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Siehe „Verfahrensbeschreibung für den öffentlichen Teilnahmewettbewerb“ (Download von eVergabe-Plattform).

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Angaben zur elektronischen Auktion**

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

13005/008-07#006

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags**

nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung**

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 27.8.2014 - 10:59

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) **Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

27.8.2014 - 11:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

Sonstige:

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

Es handelt sich um ein ausschließlich elektronisches Vergabeverfahren. Alle Vergabeunterlagen werden nur in elektronischer Form über die Vergabeplattform des Bundes (vgl. www.evergabe-online.info) zur Verfügung gestellt und ausgetauscht. Zur Nutzung der eVergabe-Plattform bedarf es der Registrierung. Weitere Informationen zur Registrierung erhalten Sie beim Beschaffungsamt des Bundes oder auch unter v. g. Internetseite.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Kaiser-Friedrich-Str. 16
53113 Bonn
Deutschland
E-Mail: info@bundeskartellamt.de
Telefon: +49 22894990
Internet-Adresse: <http://www.bundeskartellamt.de>
Fax: +49 2289499163

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerbenschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).

Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich beim BMWi zu rügen (§ 107 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe oder Bewerbung gegenüber dem BMWi geltend gemacht werden (§ 107 Abs. 3 Nr. 2-3 GWB). Teilt das BMWi dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so besteht die Möglichkeit innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung einen Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer zu stellen.

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 101a GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch das BMWi geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage. Sie beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das BMWi.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Referat IB6
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin
Deutschland
E-Mail: poststelle@bmwi.bund.de

Telefon: +49 30186150

Fax: +49 30186154450

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
23.7.2014